

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion - Gasnetze als zentralen Bestandteil der Energie- und Wärmewende erhalten und für Wasserstoff ertüchtigen - Drucksache 7/5646 vom 08.06.2022

Deutsche Energienetze erhalten, grundlastfähige Energien fördern

Der Landtag stellt fest:

Die Bundesregierung trifft in den Energiebereichen Gas, Öl und Windkraft für Brandenburg und Deutschland denkbar schlechtesten Entscheidungen.

Sie will die Gasnetze sachgrundlos rückbauen lassen, entgegen den EU-Empfehlungen ein Öl-Embargo für Pipeline-Öl durchsetzen und dagegen die Windenergie als Frage der nationalen Sicherheit einstufen lassen.

Diese Entschlüsse sind an sich ideologiegetrieben, in Zeiten von Inflation und Versorgungskrise aber als besonders fehlgeleitet zu verurteilen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag wird sich auf allen Ebenen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gasinfrastruktur einsetzen.
2. Die Landesregierung wird dabei unterstützt, dass weiterhin russisches und künftig zusätzlich nicht-russisches Öl nach Schwedt fließt. Sie schlägt der Bundesregierung vor, zu prüfen, ob auf dem Wege einer „Sonderwirtschaftszone Uckermark“ oder eines vergleichbaren Instruments das Ölembargo für die PCK Schwedt gesichtswahrend umgangen werden kann.
3. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, den Flächenausbau der Windkraft zu begrenzen. Sie lehnt den Vorschlag der Bundesregierung zur Ausweisung von 2,2 Prozent der Landesfläche entschieden ab.

Begründung:

Der überraschenden Auskunft von Staatssekretär Graichen, dass die Gasnetze nicht zukunftsfähig seien, ist zu widersprechen. Es steht - anders als im Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler Drucksache 7/5646 - hierbei nicht das Versprechen des fragwürdigen Wasserstoffzeitalters vornan, sondern vielmehr die Sicherung eines primären, grundlastfähigen und umweltfreundlichen Energieträgers schlechthin. Die Gasnetze müssen erhalten und ertüchtigt werden, ein Rückbau milliardenschwerer Infrastruktur, ähnlich wie bei den Bahntrassen, ist zu verhindern. Es ist ersichtlich, dass die Politik neue technische Entwicklungen und ökologische Gewichtungen nicht vorhersehen kann.

Zum Ausdruck der selbstzerstörerischen und praktisch von den Grünen dominierten Bundespolitik gehört auch das Bekenntnis von Wirtschaftsminister Habeck, dass „regionale Treibstoffengpässe in Ostdeutschland nicht ausgeschlossen“ seien. Ministerpräsident Woidke ist dabei zu unterstützen, die drohenden Folgen der Schädigung des Dauerbetriebs der PCK Schwedt nicht zu verniedlichen. Da die Bundesregierung sich in der Sachlage verhärtet, ist ein Brandenburger Weg vorzuschlagen: Das Ölembargo muss dahingehend abgemildert werden, dass in einer besonderen Wirtschaftszone außenwirtschaftliche Benachteiligungen durch Embargos in volkswirtschaftlichen Notsituationen nicht zur Anwendung kommen müssen.

Die grundlastfähigen Energieträger aller Art müssen weiterentwickelt werden. Ihre Infrastruktur muss beständig erneuert und in allen Anwendungsbereichen Forschung gefördert werden. Die Windkraft gehört nicht dazu. Ihr exzessiver Ausbau durch eine Verdreifachung der für sie vorgesehenen Landesfläche ist abzulehnen. Insbesondere landwirtschaftliche Flächen sind in Zeiten der Gefährdung globaler Lieferketten vollständig davon auszunehmen.